**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:**
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

# Morgen-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Anzeigen:**
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 180. **Dienstag** den 10. April 1894. 88. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **ein goldenes Medaillon**, oval, mit Blumenverzierung in blauer Emaille und schwarzem Kreuz, und eine schwarze **goldene Kette, 2 goldene Ringe**, einer mit rothem Stein, der andere mit weißen und blauen Perlen, im v. M.;

2) **eine silberne Herren-Remontoiruhr** mit goldenen Zeigern, Schildchen auf der Rückseite und Gravung auf dem Zifferblatt, am 4. d. M.;

3) **ein Einlagebuch** der hiesigen städtischen Sparcasse, Nr. 127985, mit **415 ℳ Einlage**, am 8. d. M.;

4) **eine schwarze Tuchhose**, ziemlich neu, sowie **eine schwarze Tuchweste**, vom 1. bis 4. d. M.;

5) **4 weiße Damast-Betträderzüge, 4 Betttücher** und **12 Stück weiße Handtücher**, sämmtlich „M. R." gezeichnet, und 2 weiße **Frauenhemden** mit Spitzeneinsatz, „E. R." gezeichnet, am 29. v. M.;

6) **ein Plaid**, grau- und weißfarbig, **ein Kinderkopfkissen** mit blauleinenem Bezug, Roßhaare enthaltend, **ein** weißleinener **Kopfkissenbezug** mit Stickerei, roth gez. „St.", und **eine Kinderwagendecke**, hellblau gehäkelt, am 7. d. M.;

7) **eine Thür**, zu einem Thoreingang gehörig, von hartem Holz, mit Schloß versehen, am 4. d. M.;

8) **eine Wasserpfanne** von Kupfer, ca 90 cm lang und 45 cm breit, am 30. v. M.;

9) **65 Stück patentirte Schleifstähle**, messerförmig mit schwarzen Holzgriffen, am 8. M.;

10) **ein vierrädriger Handwagen**, klein, mit neuen Rädern, ohne Anstrich, am 23. v. M.;

11) **ein Bremnabor-Fahrrad**, gebraucht, Kreuzbau, mit Kissenkissen, schwarzer Pelz-Satteldecke, ungleichen Pedalen und einem Defect am Summt des Hinterrades, am 4. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 9. April 1894.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
Bretschneider. Wl.

### Die städtische Sparcasse

**beleiht Werthpapiere** unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 10. Januar 1894.
**Die Sparcassen-Deputation.**

### Oeffentliche Handelslehranstalt.

**Dienstag, den 17. April, früh 7 Uhr,** beginnt die **zweite Aufnahmeprüfung** in der **Lehrlingsabtheilung,** zu welcher sich die bereits angemeldeten, sowie die noch anzumeldenden **Lehrlinge, mit Schreibfeder** versehen, **pünctlich** einzufinden haben.

Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** (Lehrlingsabtheilung) werden im Laufe dieser Woche gleichfalls entgegengenommen.

**Carl Wolfrum,** Director.

## Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle in der Land- und Forstwirthschaft des deutschen Reichs.

D. Als das Reichsversicherungsamt eine Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle der gewerblichen Berufsgenossenschaften für das Jahr 1887 veröffentlichte, war es in der Lage, genauen Aufschluß über die Gefährlichkeit der verschiedenen gewerblichen Betriebe und Arbeitsthätigkeiten und über die Wege zu geben, die zur Verhütung von Unfällen eingeschlagen werden könnten. Seitdem ist die Unfallversicherung auch auf die Land- und Forstwirthschaft ausgedehnt worden, aber es fehlte bislang noch an einer Statistik der in diesen Betrieben vorgekommenen Unfälle, aus der man einen Anhalt für Unfallverhütung hätte gewinnen können. Wir müssen es daher freudig begrüßen, daß das Reichsversicherungsamt in seinen amtlichen Nachrichten diese Lücke ausgefüllt und die Unfälle im Gebiete der Land- und Forstwirthschaft für das Jahr 1891 statistisch festgestellt und gruppirt hat. Im Anschluß an diese statistischen Tabellen hat Professor Konrad Hartmann, Regierungs-Rath und ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts, in Nummer 6 der „Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen" einen Aufsatz veröffentlicht, der seines Inhalts wegen die weiteste Verbreitung und Bekanntschaft verdient.

Die Statistik erstreckt sich über Betriebe, in denen zusammen 12 508 000 versicherte Personen beschäftigt werden, eine Zahl, die etwa den vierten Theil der gesammten Bevölkerung des deutschen Reichs umfaßt. Erhellt schon aus dieser Thatsache die Bedeutung der Veröffentlichung, so leuchtet sie nicht minder ein, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Jahre 1891 in der deutschen Land- und Forstwirthschaft 44 964 Unfallanzeigen erstattet worden sind. Obgleich nur für 19 918 von diesen Unfällen Entschädigungen haben gezahlt werden müssen — dies muß geschehen, wenn ein Unfall den Tod oder eine länger als 13 Wochen dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hat —, beläuft sich ihre Summe doch schon auf rund 7,5 Millionen Mark. Niemand wird verkennen, daß das eine schwer zu tragende Belastung der Landwirthschaft bedeutet. Schon deshalb wie nicht minder aus Gründen der Humanität dürfte es als gebieterische Pflicht erscheinen, den Versuch zu machen, ob nicht auch auf dem Gebiete der Land- und Forstwirthschaft Maßregeln zur Verhütung von Unfällen aus dieser Statistik, ähnlich wie für Industrie und Gewerbe, gewonnen werden können. Sind doch 2236 aller Verletzten, d. h. 11,23 Proc., ihren Verletzungen erlegen, und hieraus ist den betreffenden Berufsgenossenschaften die Verpflichtung erwachsen, 3973 Personen zu versorgen! Weiter sind 3,44 Procent dauernd völlig, 45,73 Proc. dauernd theilweise und der Rest vorübergehend erwerbsunfähig geworden. Es kommt hinzu, daß, wie das Studium der Unfallstatistik unzweifelhaft erkennen läßt, für eine große Anzahl der Unfälle die Ursache in mangelhaften Betriebseinrichtungen, im Fehlen nothwendiger Schutzvorrichtungen, in schlechter Betriebsführung oder in fehlender oder ungenügender Anweisung und Ueberwachung der Arbeiter gesucht werden muß. Denn es ergab sich aus der Statistik, daß für 18,2 aller Unfälle eine Schuld des Betriebsunternehmers angenommen werden mußte, weil mangelnde Einrichtungen, das Fehlen nothwendiger Schutzvorrichtungen u. s. w. diese Unfälle herbeiführten. Ihnen stehen 24,4 Proc. der Unfälle gegenüber, wo die Schuld des Arbeiters constatirt werden mußte, während 20,1 Proc. beiden Theilen zur Last fallen. 30,1 Proc. aller Unfälle waren eine Folge der Betriebsgefahren, die nach dem zur Zeit bestehenden Stand der land- und forstwirthschaftlichen Betriebspraxis als unvermeidlich anzusehen sind. Nun werden Unachtsamkeit, Ungeschicklichkeit, Leichtsinn der Arbeiter stets zu vielen Unfällen führen, zu deren Verhütung nur wenig geschehen kann; auch werden mit der Arbeitsthätigkeit stets eine Menge unvermeidlicher Gefahren verbunden sein; aber die übrigen Unfälle können und müssen vermieden werden. Und schon darum ergiebt sich als zweifellos, daß der Unfallverhütung ein weites Feld segensreicher Wirksamkeit in der Land- und Forstwirthschaft offen steht.

Hierfür enthält die Statistik manchen beachtenswerthen Wink. Sie ergiebt z. B., daß die Zahl der Unfälle mit fortschreitender Tageszeit erheblich zunimmt und die Zeit vor der Mittagspause und vor dem Schluß der täglichen Arbeitsdauer, namentlich auch verbunden mit der Winters in den Nachmittagsstunden beginnenden Dunkelheit, besonders reich an Unfällen ist. Eintretende Ermüdung und Abspannung der Arbeiter, die Beschleunigung der Arbeiten vor den Pausen und gegen Schluß, das allmähliche Unruhigwerden der Zugthiere u. A. lassen sich unschwer als Ursachen nicht weniger Unfälle erkennen.

Was bei ernstem Willen erreichbar ist, die Unfälle zu vermindern, ergiebt sich des Weiteren aus der Statistik, der wir, nach Hartmann's Vorbilde, nur einige Proben entnehmen wollen. In 589 Unfällen gaben zerbrechende, umstürzende und abrutschende Leitern Veranlassung; 973 Personen wurden verletzt durch Fall von Scheunenböden, durch Luken, Garbenlöcher ꝛc. Wie dort eine gute Instandhaltung der Leitern und ihre Ausrüstung mit Haken und Spitzen ꝛc., so würde hier eine bessere Instandhaltung der landwirthschaftlichen Betriebsgebäude eine erhebliche Verminderung der Unfälle herbeiführen. Aehnliches ist im Fuhrwerksbetriebe zu erreichen, von anderen Vorkommnissen abgesehen.

Eine hohe Ziffer, nämlich 2783, d. h. 14 Proc. aller Unfälle, sind an Maschinen und Transmissionen entstanden. Im Einzelnen wurden mehr als 700 Personen von den Zahngetrieben landwirthschaftlicher Maschinen erfaßt und verletzt. Man würde sämmtliche Unfälle vermieden haben, ohne daß eine Behinderung des Betriebes eingetreten wäre, wenn man die Zahnräder mit Schutzhüllen versehen hätte. Durch geeignete Sicherheitsvorrichtungen würde man auch verhindert haben, daß 567 Personen bei den Futterschneidemaschinen durch die Einführungswalzen oder Messer verletzt wurden. Solche Schutzvorrichtungen sind bereits vielfach in Anwendung gebracht worden. Wenn sie zur Zeit auch noch nicht allen Anforderungen entsprechen, so wird die Technik eine befriedigende Lösung schon finden, sobald sie nur ernstlich vor diese Aufgabe gestellt ist.

Auch über den Kostenpunct noch ein paar Worte. Man begegnet häufig der Behauptung, daß die Herstellung unfallsicherer Einrichtungen große Kosten verursachen würde. Diese Behauptung ist aber irrig, wie aus zwei Gründen leicht ersichtlich ist. Denn die geforderten Sicherheitsvorrichtungen können meist in einfachster und billigster Weise ausgeführt werden. Doch selbst wenn die dazu erforderlichen Kosten noch weit erheblicher wären, würden die Summen, welche durch eine Verminderung der Zahl der Unfälle an Entschädigungsbeträgen erspart werden können, wahrscheinlich größer sein, als die für die Unfallverhütung aufzuwendenden Beträge. Denn die 7,5 Millionen Ausgaben, die im Rechnungsjahre 1892 an Kosten für die Unfallversicherung haben aufgebracht werden müssen, werden entsprechend der Zahl der Rentenempfänger von Jahr zu Jahr erheblich wachsen und so eine dauernd sich steigernde Belastung der Landwirthschaft bilden. Die Summen jedoch, die für Unfallverhütung in Betracht kommen, werden also nicht lediglich einem Gebote der Humanität geopfert, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach voraussichtlich zu einer Entlastung Derer führen, die zur Rentenzahlung verpflichtet sind. Diese Aussicht wird gewiß vielen die Augen öffnen; jedenfalls aber müßte, wenn die Unfallversicherung wirklich erfolgreich in Kraft treten soll, zunächst streng darauf gehalten werden, daß nur mit Schutzvorrichtung versehene Maschinen in Gebrauch kommen, und eine sorgfältige Controle darüber wachen, daß auch die Säumigen sich danach richten.

So lange man nicht auf dem Wege der Unfallstatistik Erfahrungen gesammelt hatte, deren Ergebnisse Mittel und Wege an die Hand geben, energische Maßregeln zur Verhütung von Unfällen zu ergreifen, konnte die eine oder die andere Entschuldigung wohl hier und da noch Platz haben; angesichts des Nothstandes aber, wie ihn die Unfallstatistik unleugbar feststellt, die Hände in den Schooß zu legen und sich damit zu trösten, daß gegen den Tod kein Kraut gewachsen sei, das ist künftig unmöglich, da alle einsichtigen Elemente der betheiligten Kreise auf eine Abstellung der Mißstände energisch hindrängen müssen. Zu dem Ende ist die weiteste Verbreitung und Kenntnißnahme der Statistik über die Unfälle in der Land- und Forstwirthschaft so wünschenswerth wie nothwendig, und dies ist der Grund, weshalb auch wir auf diese verdienstliche Leistung, im Anschluß an Hartmann's in der „Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen" enthaltenen Ausführungen, nachdrücklichst hinweisen.

## Deutsches Reich.

* **Leipzig,** 9. April. Die **Versammlungsmüdigkeit** der „Genossen" wird in einem „Eingesandt" des „Wählers" mit anerkennungswerther Offenherzigkeit zugestanden und begründet. Der Einsender „G." schreibt wörtlich:

„Sehr häufig wird über den geringen Besuch der Vorteilsowie auch der Gewerkschafts-Versammlungen geklagt. Es sind schon alle möglichen und unmöglichen Entschuldigungsgründe dafür angeführt worden, aber einen der wichtigsten hat man bisher immer vergessen, nämlich den, daß sehr viele deshalb die Versammlungen meiden, weil sie sich vor der geradezu chronischen Redewuth mancher Genossen fürchten. Es ist aber auch thatsächlich nicht sehr erheblich, vielleicht ein ganzes Dutzend Redner anhören zu müssen, von denen oft der größte Theil, ohne wesentlich neue Gesichtspuncte anzuführen, nur Das wiederholt, was der aber jener Vorredner schon lang und breit ausgeführt hat. Böse Absichten leiten ja derartige Redner gewiß nicht, aber sicher spielt hier ein wenig Eitelkeit mit. Die auf diese Art gelangweilten Versammlungsbesucher sind ja gewöhnlich nicht so unhöflich, ihr Mißfallen darüber an den Tag zu legen, aber — und das ist noch viel schlimmer — sie bleiben ein anderes Mal ganz weg, außer vielleicht bei einer ganz besonders wichtigen Tagesordnung, die denn aber, aus oben genannten Ursachen, auch gewöhnlich erst in einer zweiten Versammlung erledigt werden kann. Verschweigen darf auch nicht werden, daß persönliche Zänkereien (welche doch besser in privatem Kreise erledigt werden könnten) ebenfalls nicht geeignet sind, den Versammlungsbesuch zu heben. Die Parteiversammlungen dürfen doch weder Lehrcurse für Redeübung, noch Tummelplätze zum Austrag persönlicher Zwistigkeiten werden, dazu ist den Betreffenden an anderen Orten hinreichend Gelegenheit geboten; denn im ersteren Falle wird man auf gar kein Publicum und im anderen Falle nur auf neugieriges zu rechnen haben."

ss. **Berlin,** 9. April. In einer Frequenz, die sich manchesmal nicht über die einer Commission erhob, hat das „Plenum" des Reichstags das Stempelsteuergesetz in zweiter Lesung erledigt. Herr Richter brachte, bei der Verhandlung über die sogenannte Börsensteuer, die Menschenleere des Hauses in einen Zusammenhang mit dem Berathungsgegenstand und that hierin den Abwesenden bitter Unrecht. „Man" war aus ganz tendenzfreier Unkunft zur parlamentarischen Arbeit weggeblieben, durchaus nicht aus Abneigung gegen die Erhöhung der Börsensteuern. Es ist sogar sehr fraglich, ob bei einer stärkeren Besetzung des Hauses die ernste Bedenken herausfordernde Ausdehnung der Steuer auf den börsenmäßigen Handel mit Waaren, in welchen Termingeschäfte nicht gemacht werden, verhindert worden wäre. Für die Erhöhung der Börsensteuern (und des Lotteriestempels) stimmte selbst die freisinnige Vereinigung, auf welchen Umstand die „Freis. Zeitung" nachdrücklich hinweist. Bei der Erörterung der nationalliberalen, auf die alsbaldige Vorlegung eines Börsengesetzes abzielenden Resolution trafen sich die beiden Flügel des ehemaligen Deutschfreisinns aber wieder in der Auffassung zusammen, daß es die Aufgabe des Staates sei, den — nicht gelungenen — Unfug an der Börse wie ein Verhängniß über die honnetten Bevölkerungselemente ergehen zu lassen. Die Socialdemokratie scheint derselben Ansicht zu sein, denn als das heikle Thema zur Erörterung kam, war kein einziger ihrer Abgeordneten mehr im Saale. Sollten sich die Socialdemokraten auch bei der Abstimmung über die Resolution auf ihren früheren bequemen Standpunct in solchen Fragen, wonach Einrichtungen der „capitalistischen Wirthschaftsordnung" sie nichts angingen, zurückziehen wollen, so werden sie zu hören bekommen, daß das Recht hierzu verwirkt wurde, als sie für die Handelsverträge und gegen die Börsensteuern stimmten. Während das Stempelsteuergesetz soweit gediehen ist, daß seine endgiltige Erledigung in dritter Lesung — von dem einen Punct der Ausdehnung der Steuer auf börsenmäßige Waarengeschäfte ohne Terminpreisnotirung abgesehen — nur noch eine formelle Bedeutung beansprucht, hat noch nicht einmal die Commission den anderen Steuervorlagen ins Auge gesehen. Zur Zeit ist selbst noch unklar, ob und wie sie die Regierung behandelt zu sehen wünscht. Nur soviel gilt für sicher, daß in dieser Tagung oder in diesem Tagungsabschnitt etwas Greifbares nicht zu erreichen sein wird. Gegen den Vorschlag einer Vertagung der Session bis zum Herbst wird von radicaler Seite bemerkt, die Tabakindustrie und der Weinhandel würden sehr zu beklagen sein, wenn die Unsicherheit über das Schicksal der Steuervorlagen bis zum nächsten Jahre dauerte. Diesem Hinweis liegt eine Verkennung der Sachlage zu Grunde. Der solide Weinhandel ist gar nicht mehr beunruhigt, er sowie die Weinproducenten sind sicher, daß die vorgeschlagene Weinbesteuerung niemals Gesetz werden wird, und eine Steuer auf bessere Flaschenweine hat keinen Schrecken für Producenten und solide Händler. War sie doch aus diesen Berufskreisen heraus empfohlen worden. Da den Kunstweinfabrikanten ein Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer Nerven nicht zusteht, so könnten höchstens die Schaumweinerzeuger Ursache zu einer bedauerlichen Beunruhigung haben. Unseres Erachtens kann aber für diese Branche eine allgemeine Flaschenweinsteuer viel weniger bedenklich sein, als eine Specialsteuer auf ihr Product. Was die Tabakindustrie angeht, so wird sie nicht zur Ruhe kommen, auch wenn die Steuercommission den Fabrikatsteuerentwurf einsargt und Felsen auf sein Grab wälzt. Die Beunruhigung wird vielmehr erst beginnen, denn die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten bedürfen, trotz Herrn Richter, einer Consolidirung und — darüber ist keine Täuschung möglich — die Erhöhung der directen Steuern in den Einzelstaaten wird nicht ertragen werden. Die Stimmung der Berliner Bevölkerung über die Steigerung des Gewerbesteuerzuschlags bis zu einer im Vergleich zu vielen anderen Städten nicht einmal sehr bedeutenden Höhe gestattet eine Vorstellung von dem Widerstand, den die Erhöhung der directen Landessteuern finden würde. Jetzt ist man in weitesten Kreisen ja noch genügsam, beifällig auf den Ruf „Ueberhaupt keine Steuervermehrung!" zu hören. Ist aber einmal das Bedürfniß unabweisbar geworden, so wird sich das Verlangen nach der gerechtesten und erträglichsten Steuer einstellen, verbunden vermuthlich mit dem Wunsche, sie möglichst einträglich zu gestalten. Dieses Verlaufes der Dinge muß die Tabakindustrie gewärtig sein. Höchstens daß ihr die Genugthuung wird, sich mit dem Bierbrauergewerbe in die Beunruhigung theilen zu dürfen. Der Tabak wird um so weniger vergessen werden, als die gegenwärtige Besteuerung des inländischen Bodenerzeugnisses den Grund berechtigter Unzufriedenheit bei den Pflanzern bildet und in diesen innige Sehnsucht nach dem jetzt zurückgestoßenen Fleischtopf der Fabrikatsteuer aufkeimen lassen wird. In Elsaß-Lothringen ist man jetzt schon so weit, die Unentbehrlichkeit dieser Steuerform zu erkennen. Die Stellung der Tabakindustriellen gegen die mit unanzunehmen Centralmaßregeln verbundene Steuer ist wohl zu begreifen. Aber sie sollten erwägen, daß sie nun einmal ein Product herstellen, das in der ganzen Welt für das geeignetste Steuerobject gilt und fast überall viel schärfer herangezogen wird, als es in Deutschland selbst nach der Annahme des unveränderten Regierungsentwurfes, den wir durchaus nicht wünschen, der Fall sein würde.

□ **Berlin,** 8. April. Betreffs der Maifeier liegt sich nicht allein die Socialdemokratie, die vor der Arbeitsniederlegung warnt, mit den Anarchisten und Unabhängigen in den Haaren, die in ihrer heutigen Versammlung mit den socialdemokratischen Führern wegen ihrer Haltung scharf ins Gericht gingen, sondern auch in verschiedenen Gewerkschaften, wie der Klempner, Tischler ꝛc. hat die Frage der Maifeier einen bösen Streit entfacht und die Uneinigkeit weiter ausgedehnt. — Nach der heutigen Veröffentlichung des socialdemokratischen Parteicassirers sollen die Einnahmen im Monat März ca. 15 500 ℳ betragen, von denen Berlin 1800 ℳ, Crimmitschau 200 ℳ, Chemnitz 200 ℳ, Oldenburg 300 ℳ, Hamburg-Altona und Umgegend 1000 ℳ, der „Mann im Moor" 750 ℳ aufgebracht haben, während 10 000 ℳ als Ueberschuß von der vorjährigen Hamburger Reichstagswahl an die Parteicasse abgeführt worden seien.

§§ **Berlin,** 9. April. (Privat-Telegramm.) Der **Seniorenconvent des Reichstages** trat heute Mittag zusammen, um sich über die weiteren geschäftlichen Dispositionen für diese Tagung zu verständigen. Der Präsident v. Levetzow theilte mit, daß seitens der verbündeten Regierungen eine bestimmte Meinungsäußerung über den in Aussicht genommenen Termin für den Schluß der Session nicht vorliege, daß aber **vermuthlich der Reichstag bereits Ende nächster Woche geschlossen werden dürfte.** Demnach sollen nur die Vorlagen erledigt werden, welche bereits die Commissionen, bezw. die zweite Lesung passirt haben; außerdem dringliche Initiativanträge. Für morgen ist also der Rest der heutigen Tagesordnung in Aussicht genommen, nämlich die Fertigstellung des Gesetzes über die Abänderung des Viehseuchengesetzes und des Entwurfes über die Abzahlungsgeschäfte, Beides in zweiter Lesung. Am Mittwoch soll „Schwerintag" sein, und zwar soll zunächst der Antrag Schroeder (Novelle zum Handelsgesetzbuch, betreffend die Kündigungsfrist für Handlungsgehilfen) zur Erledigung kommen, sodann sollen Wahlprüfungen auf die Tagesordnung gesetzt werden, und zwar in erster Reihe diejenigen, bei denen das Resultat nicht zweifelhaft erscheint. Demgemäß werden zurückgestellt die Wahlen der Abgeordneten Graf Wolffe (6. Schleswig-Holstein, Rp.) und Polenz (23. Sachsen, cons.). Am Montag nächster Woche soll die Stempelsteuervorlage zur dritten Lesung gestellt werden, sodann sollen noch der Antrag des Centrums, betreffend die Aufhebung des Jesuitengesetzes, und, wenn möglich, auch der Antrag v. Hammerstein, betreffend die Einwanderung der Israeliten, an die Reihe kommen. Die übrigen Tage der Woche dürften durch die Berathung der Gesetze über den Schutz der Waarenbezeichnungen und der Novelle zur Concursordnung ausgefüllt werden. — Daneben soll die Steuercommission die Vorlagen über die Tabaksteuer und über die Weinsteuer durchberathen, was, der Stimmung nach zu urtheilen, welche im Seniorenconvent zur Geltung kam, sich ziemlich schnell abwickeln dürfte. — Eine Vertagung der Session gilt als ausgeschlossen.

B. **Berlin,** 9. April. (Privattelegramm.) Wie die Abendblätter erfahren, wird der Bericht des Regierungsraths **Nase** über die Vorgänge in **Kamerun** nicht eher publicirt werden, als bis die oberste Disciplinarbehörde ihren Spruch gefällt hat. Die Entscheidung hierüber wird erst nach Eintreffen des Kanzlers Leist, der hierher zurückberufen ist, erfolgen.

Y. **Berlin,** 9. April. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" meldet die Verleihung des Kreuzes der Großcomthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern an den **Grafen Caprivi.**

~ **Berlin,** 9. April. (Telegramm.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." erfährt, der Director im Reichsschatzamt **Richenbern** sei zum Unterstaatssecretair ernannt worden.

* **Friedrichsruh,** 9. April. (Telegramm.) Seit gestern Abend weilt hier als Gast des Fürsten Bismarck der Afrikareisende Oskar Borchert.

* **Eisenach,** 7. April. Der Kaiser begiebt sich nicht unmittelbar von Coburg auf die Wartburg, sondern unterbricht bei der Station Wasungen die Reise und unternimmt von da aus den ersten Ausflug zur Auerhahnjagd. Die Begleitung zur Jagd ist wiederum dem Oberförster Kallenbach übertragen. Nach der Jagd fährt der Kaiser nach der Wartburg, wo ihn der Großherzog erwartet.

* **Trier,** 8. April. Laut der „Trier. Ztg." ist das Gnadengesuch des durch den Proceß Ludwig sehr unvortheilhaft bekannt gewordenen Pfarrers Stöck abschlägig beschieden worden.

* **Karlsruhe,** 8. April. Nach dem vom Abg. Fieser erstatteten Bericht über das Budget des Schulwesens betrug der jährliche Aufwand im Ordinarium im letzten Budget 7 537 959 ℳ. Jetzt werden durchschnittlich für das Jahr gefordert 7 872 317 ℳ.

* **Stuttgart,** 9. April. (Telegramm.) Der „Schwäb. Merkur" und nach ihm der „Staatsanzeiger für Württemberg" veröffentlichen eine Erklärung des Ministerpräsidenten Freiherrn von Mittnacht gegen den Artikel des Stuttgarter „Beobachters" und auswärtiger Blätter, in welchen nachdrücklich Verwahrung eingelegt wird gegen die Verdächtigungen, daß v. Mittnacht in irgend welchen Beziehungen zu den bekannten Angriffen des „Kladderadatsch" gegen hohe Reichsbeamte stehe. v. Mittnacht erklärt eine derartige Behauptung für eine unwürdige Verleumdung.

* **Sigmaringen,** 9. April. Der Fürst von Hohenzollern ist nach Baden-Baden abgereist und wird sich von dort nach Florenz begeben.

* **München,** 8. April. Abgeordnetenkammer. In der gestrigen Berathung des Cultusetats wurde über eine Bittschrift des Schulreformvereins um Anbahnung von Reform-Mittelschulen nach dem Vorbilde der Frankfurter Einrichtungen zur Tagesordnung übergegangen. Seyboth, Dr. Günther und Dr. Andreä empfahlen die Reformschule, weil sie die Trennung der Bildungswege und damit die Berufswahl weiter hinausschiebe. Oerterer vertheidigte den gegenwärtigen Zustand. Cultusminister v. Müller fand die Frage wichtig und interessant, bezweifelte aber, ob auf diesem Wege das angestrebte Ziel erreichbar sei. Weiterhin regte Dr. Günther die Erweiterung der Berechtigungen der Realgymnasien, insbesondere die Zulassung zu höheren Studien an.

SLUB
Wir führen Wissen.